



Hauptsatzung der Gemeinde Schermbeck

vom 01.09.2014

in der Fassung vom 13.12.2023

Präambel

Auf Grund von § 7 Abs. 3 Satz 1 in Verbindung mit § 41 Abs. 1 Satz 2 Buchstabe f der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. 1994 S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. Dezember 2022 (GV NRW S. 490), hat der Rat der Gemeinde Schermbeck am 13.12.2023 mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder die folgende Hauptsatzung beschlossen:

Inhaltsübersicht

- § 1 Name, Bezeichnung, Gebiet
- § 2 Wappen, Flagge, Siegel
- § 3 Gleichstellung von Frau und Mann sowie von Menschen mit Behinderungen
- § 4 Unterrichtung der Einwohner
- § 5 Anregungen und Beschwerden
- § 6 Bezeichnung des Rates und der Ratsmitglieder
- § 7 Dringlichkeitsentscheidungen
- § 8 Ausschüsse
- § 9 Aufwandsentschädigungen, Sitzungsgeld, Fahrkosten
- § 10 Verdienstaufschlag / Haushaltsführungsentschädigung
- § 11 Entzug der Aufwandsentschädigung
- § 12 Genehmigung von Rechtsgeschäften
- § 13 Bürgermeister
- § 14 Öffentliche Bekanntmachungen
- § 15 Zuständigkeit für dienstrechtliche Entscheidungen
- § 16 Geschlechtsneutrale Formulierungen
- § 17 Inkrafttreten

§ 1 Name, Bezeichnung, Gebiet

- (1) Die Gemeinde Schermbeck wurde durch Gesetz zur Neugliederung der Gemeinden und Kreise des Neugliederungsraumes Niederrhein (Niederrheingeseztz) vom 09. Juli 1974 (GV. NW. S. 344) gebildet.
- (2) Das Gemeindegebiet umfasst 110,71 qkm.



1.0 Hauptsatzung

Seite 2

- (3) Die Gemeinde Schermbeck ist eine kreisangehörige Gemeinde des Kreises Wesel im Regierungsbezirk Düsseldorf.

§ 2 Wappen, Flagge, Siegel

- (1) Der Gemeinde ist mit Urkunde des Regierungspräsidenten in Düsseldorf vom 21. Dezember 1977 das Recht zur Führung eines Wappens verliehen worden.

Beschreibung des Wappens:

„Über grün gewelltem Schildfuß in Rot ein silberner (weißer) Herzschild belegt mit einer dreischenkigen goldenen (gelben) Lilienhaspel und einem goldenen (gelben) Lilienbalken“

- (2) Der Gemeinde ist ferner mit gleicher Urkunde das Recht zur Führung eines Banners (Flagge) verliehen worden.

Beschreibung des Banners:

„Grün-Weiß-Grün im Verhältnis 1 : 8 : 1 längsgestreift mit dem Gemeindewappen etwas oberhalb der Mitte“

- (3) Die Gemeinde führt ein mit o.a. Urkunde genehmigtes Dienstsiegel mit dem Gemeindewappen. Das Dienstsiegel gleicht in Form und Größe dem dieser Hauptsatzung beigedruckten Siegel.

§ 3 Gleichstellung von Frau und Mann sowie von Menschen mit Behinderungen

- (1) Der Bürgermeister bestellt eine hauptamtlich tätige Gleichstellungsbeauftragte.
- (2) Der Bürgermeister bestellt eine Stellvertreterin der Gleichstellungsbeauftragten für den Aufgabenbereich der §§ 17, 18, 19 Abs. 1 LGG.
- (3) Die Gleichstellungsbeauftragte wirkt bei der Aufstellung der Änderung des Gallen Vorhaben und Maßnahmen der Gemeinde mit, die die Belange von Frauen berühren oder Auswirkungen auf die Gleichberechtigung von Frau und Mann und die Anerkennung ihrer gleichberechtigten Stellung in der Gesellschaft haben. Dies sind insbesondere soziale, organisatorische und personelle Maßnahmen, einschließlich Stellenausschreibungen, Auswahlverfahren und Vorstellungsgespräche. Die Gleichstellungsbeauftragte wirkt insbesondere bei der Aufstellung und Änderung des Gleichstellungsplans sowie bei der Erstellung des Berichts über die Umsetzung des Gleichstellungsplans mit.
- (4) Der Bürgermeister unterrichtet die Gleichstellungsbeauftragte über geplante Maßnahmen gemäß Abs. 3 rechtzeitig und umfassend.



1.0 Hauptsatzung

Seite 3

- (5) Die Gleichstellungsbeauftragte kann, soweit Beratungsgegenstände ihres Aufgabenbereiches behandelt werden, an Sitzungen des Verwaltungsvorstands, des Rates und seiner Ausschüsse teilnehmen.

Ihr ist auf Wunsch das Wort zu erteilen. Sie kann die Öffentlichkeit über Angelegenheiten ihres Aufgabenbereiches unterrichten. Hierüber ist der Bürgermeister vorab zu informieren.

Die Entscheidung, ob ein Beratungsgegenstand eine Angelegenheit des Aufgabenbereiches der Gleichstellungsbeauftragten ist, obliegt dem Bürgermeister bzw. bei Ausschusssitzungen dem Ausschussvorsitzenden.

- (6) Die Vorlagen und Vorinformationen zu Beratungsgegenständen, die den übrigen Rats- bzw. Ausschussmitgliedern zugesandt werden, sind spätestens gleichzeitig auch der Gleichstellungsbeauftragten zuzuleiten, sofern Angelegenheiten ihres Aufgabenbereichs in Frage stehen.
- (7) Die Gleichstellungsbeauftragte kann in Angelegenheiten, die ihren Aufgabenbereich berühren, den Beschlussvorlagen des Bürgermeisters widersprechen; in diesem Fall hat der Bürgermeister den Rat zu Beginn der Beratung auf den Widerspruch und seine wesentlichen Gründe hinzuweisen.
- (8) Rat und Verwaltung der Gemeinde Schermbeck fühlen sich verpflichtet, die Benachteiligung von Menschen mit Behinderungen zu beseitigen und zu verhindern sowie die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am Leben in der Gesellschaft zu gewährleisten und ihnen eine selbst bestimmende Lebensführung zu ermöglichen. Die Belange der Behinderten im Sinne des Gesetzes zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen werden von einem bzw. einer vom Rat bestellten Behindertenbeauftragten wahrgenommen.

§ 4 Unterrichtung der Einwohner

- (1) Der Rat hat die Einwohner über allgemein bedeutsame Angelegenheiten der Gemeinde zu unterrichten. Die Unterrichtung hat möglichst frühzeitig zu erfolgen. Über die Art und Weise der Unterrichtung (z. B. Hinweis in der örtlichen Presse, öffentliche Anschläge, schriftliche Unterrichtung aller Haushalte, Durchführung besonderer Informationsveranstaltungen, Abhaltung von Einwohnerversammlungen) entscheidet der Rat von Fall zu Fall.
- (2) Eine Einwohnerversammlung soll insbesondere stattfinden, wenn es sich um Planungen oder Vorhaben der Gemeinde handelt, die die strukturelle Entwicklung der Gemeinde unmittelbar und nachhaltig beeinflussen oder die mit erheblichen Auswirkungen für eine Vielzahl von Einwohnern verbunden sind. Die Einwohnerversammlung kann auf Teile des Gemeindegebietes beschränkt werden.
- (3) Hat der Rat die Durchführung einer Einwohnerversammlung beschlossen, so setzt der Bürgermeister Zeit und Ort der Versammlung fest und lädt alle Einwohner durch öffentliche Bekanntmachung ein. Die in der Geschäftsordnung für die Einberufung des Rates festgelegten Ladungsfristen gelten entsprechend. Der Bürgermeister führt den Vorsitz in der Versammlung. Zu Beginn der Versammlung unterrichtet der Bürgermeister die Einwohner über Grundlagen, Ziele, Zwecke und Auswirkungen



1.0 Hauptsatzung

Seite 4

der Planung bzw. des Vorhabens. Anschließend haben die Einwohner Gelegenheit, sich zu den Ausführungen zu äußern und sie mit den vom Rat zu bestimmenden Ratsmitgliedern aller Fraktionen und dem Bürgermeister zu erörtern. Eine Beschlussfassung findet nicht statt. Der Rat ist über das Ergebnis der Einwohnerversammlung in seiner nächsten Sitzung zu unterrichten.

- (4) Die dem Bürgermeister aufgrund der Geschäftsordnung obliegende Unterrichtungspflicht bleibt unberührt.

§ 5 Anregungen und Beschwerden

- (1) Einwohner, die seit 3 Monaten in der Gemeinde Schermbeck wohnen, haben das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen in Textform nach § 126b BGB schriftlich mit Anregungen oder Beschwerden an den Rat zu wenden. Anregungen und Beschwerden müssen Angelegenheiten betreffen, die in den Aufgabenbereich der Gemeinde Schermbeck fallen.

- (2) Anregungen und Beschwerden, die nicht in den Aufgabenbereich der Gemeinde Schermbeck fallen, sind vom Bürgermeister an die zuständige Stelle weiterzuleiten. Angelegenheiten, deren vollständige Erledigung durch schlichtes Verwaltungshandeln bereits erfolgt ist, sind nicht in den Rat einzubringen. Der Antragssteller ist über die Weiterleitung nach Satz 1 bzw. über die erfolgreiche Erledigung seines Begehrens nach Satz 2 zu unterrichten.

- (3) Eingaben von Einwohnern, die

1. weder Anregungen noch Beschwerden zum Inhalt haben (z. B. Fragen, Erklärungen, Ansichten etc.),
2. inhaltlich mit bereits früher eingereichten Anregungen oder Beschwerden identisch sind,
3. den Inhalt eines Strafgesetzes erfüllen oder
4. als rechtsmissbräuchliche Inanspruchnahme von öffentlichen Stellen anzusehen sind

sind ohne Beratung vom Bürgermeister zurückzugeben.

- (4) Für die Erledigung von Anregungen und Beschwerden i. S. von Abs. 1 bestimmt der Rat den Haupt- und Finanzausschuss.

- (5) Der für die Erledigung von Anregungen und Beschwerden nach Abs. 4 zuständige Ausschuss hat diese inhaltlich zu prüfen. Danach überweist er sie an die zur Entscheidung berechnigte Stelle. Bei der Überweisung kann er Empfehlungen aussprechen, an die die zur Entscheidung berechnigte Stelle nicht gebunden ist.

- (6) Das Recht des Rates, die Entscheidung einer Angelegenheit, die den Gegenstand einer Anregung oder Beschwerde bildet, an sich zu ziehen, bleibt unberührt. (§ 41 Abs. 2, 3 GO)

- (7) Dem Antragsteller kann aufgegeben werden, Anregungen oder Beschwerden in der für eine ordnungsgemäße Beratung erforderlichen Anzahl einzureichen, sofern eine Vervielfältigung seitens der Gemeinde nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem



1.0 Hauptsatzung

Seite 5

Aufwand oder unverhältnismäßig hohen Kosten möglich wäre. Die Beratung kann in diesen Fällen bis zur Einreichung der notwendigen Unterlagen ausgesetzt werden.

- (8) Der Antragsteller ist über die Stellungnahme des nach Abs. 4 zuständigen Ausschusses durch den Bürgermeister zu unterrichten.

§ 6 Bezeichnung des Rates und der Ratsmitglieder

- (1) Der Rat führt die Bezeichnung "Rat der Gemeinde Schermbeck".
- (2) Die Mitglieder des Rates führen die Bezeichnung "Ratsmitglieder".

§ 7 Dringlichkeitsentscheidungen

Eilentscheidungen des Haupt- und Finanzausschusses oder Dringlichkeitsentscheidungen des Bürgermeisters mit einem Ratsmitglied (§ 60 Abs. 1 GO) bedürfen der Schriftform.

§ 8 Ausschüsse

- (1) Der Rat beschließt, welche Ausschüsse außer den in der Gemeindeordnung oder in anderen gesetzlichen Vorschriften vorgeschriebenen Ausschüssen gebildet werden. Die Zahl der Ausschussmitglieder soll ungerade sein.
- (2) Die Ausschüsse werden ermächtigt, in Angelegenheiten ihres Aufgabenbereiches die Entscheidungen dem Bürgermeister zu übertragen.
- (3) Der Rat kann sich durch Ratsbeschluss für einen bestimmten Kreis von Geschäften oder für einen Einzelfall die Entscheidung vorbehalten.
- (4) Der Rat stellt für die Arbeit der Ausschüsse allgemeine Richtlinien in Form einer Zuständigkeitsordnung auf.
- (5) Die Aufgaben des Finanzausschusses werden vom Hauptausschuss wahrgenommen. Dieser führt die Bezeichnung: Haupt- und Finanzausschuss.
- (6) Die Aufgaben nach dem Denkmalschutzgesetz NRW vom 13. April 2022 (GV. NW. S. 661) in der jeweils gültigen Fassung werden dem Planungs-, Umwelt- und Mobilitätsausschuss zugewiesen. An den Beratungen von Aufgaben nach dem Denkmalschutzgesetz sollen zusätzlich für die Denkmalpflege sachverständige Bürger mit beratender Stimme teilnehmen (§ 21 Abs. 5 Denkmalschutzgesetz - DSchG).
- (7) Die Vorsitzenden der Ausschüsse können vom Bürgermeister jederzeit Auskunft über die Angelegenheiten verlangen, die zum Aufgabenbereich ihres Ausschusses gehören; sie haben insoweit zum Zwecke der Unterrichtung ihres Ausschusses auch das Recht auf Akteneinsicht.



1.0 Hauptsatzung

Seite 6

§ 9 Aufwandsentschädigung, Sitzungsgeld, Fahrkosten

- (1) Die Ratsmitglieder erhalten eine Aufwandsentschädigung in Form eines monatlichen Pauschalbetrages nach Maßgabe der EntschVO NRW (§ 2 Abs. 1 Nummer 2).
- (2) Sachkundige Bürger und sachkundige Einwohner erhalten für die im Rahmen der Wahrnehmung ihrer Funktion erforderliche Teilnahme an Ausschuss- und Fraktionssitzungen ein Sitzungsgeld nach Maßgabe der EntschVO NRW. Ein stellvertretendes Ausschussmitglied, das nicht Ratsmitglied ist, erhält unabhängig vom Eintritt des Vertretungsfalles für die im Rahmen seiner Mandatsausübung erforderliche Teilnahme an Fraktionssitzungen ein Sitzungsgeld. Ein Sitzungsgeld wird auch gewährt für die Teilnahme an Unterausschüssen, Arbeitskreisen und Beiräten, die der Rat eingesetzt hat. Die Anzahl der Fraktionssitzungen, für die das Sitzungsgeld gezahlt wird, wird auf 12 Sitzungen im Jahr beschränkt.
- (3) Stellvertretende Bürgermeister nach § 67 Abs. 1 GO NRW – erhalten neben den Entschädigungen, die den Ratsmitgliedern nach § 45 GO NRW zustehen, eine Aufwandsentschädigung nach § 46 GO NRW i. V. m. der EntschVO NRW.
- (4) Fraktionsvorsitzende, bei Fraktionen ab 8 Mitgliedern auch ein stellvertretender Vorsitzender, mit mindestens 16 Mitgliedern auch 2 stellvertretende Vorsitzende und mit mindestens 24 Mitgliedern auch 3 stellvertretende Vorsitzende - erhalten neben den Entschädigungen, die den Ratsmitgliedern nach § 45 GO NRW zustehen, eine Aufwandsentschädigung nach § 46 GO NRW i. V. m. der EntschVO NRW.
- (5) Sofern der jeweilige Fraktionsvorsitz im Wege einer Doppelspitze ausgeübt wird (§ 5 Abs. 8 EntschVO NRW), wird die zusätzliche Aufwandsentschädigung geteilt und jeweils hälftig ausgezahlt. Wenn einer Fraktion eine zusätzliche Entschädigung für stellvertretende Fraktionsvorsitzende zusteht und anstelle der Bestellung einer Stellvertretung eine Doppelspitze gebildet wird, wird die Summe der zusätzlichen Aufwandsentschädigungen für Fraktionsvorsitz und stellvertretenden Fraktionsvorsitz geteilt und jeweils hälftig ausgezahlt.
- (6) Von der Regelung, wonach Vorsitzende von Ausschüssen des Rates grundsätzlich eine zusätzliche Aufwandsentschädigung nach § 46 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 GO NRW i.V.m. § 3 Abs. 1 Nr. 6 EntschVO NRW erhalten, werden gemäß § 46 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 GO NRW folgende weitere Ausschüsse ausgenommen: Rechnungsprüfungsausschuss der Gemeinde Schermbeck.
- (7) Die Gewährung einer zusätzlichen Aufwandsentschädigung für den Ausschussvorsitz im Wahlprüfungsausschuss ist kraft Gesetzes (§ 46 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 GO NRW) ausgeschlossen.
- (8) Im Falle einer Verhinderung der oder des Vorsitzenden erhält das Mitglied des Rates, das den Vorsitz in der Ausschusssitzung führt, eine zusätzliche Aufwandsentschädigung in Höhe eines Sitzungsgeldes nach der EntschVO NRW (ausgenommen Haupt- und Finanzausschuss, § 57 Abs. 3 S. 1 GO NRW).
- (9) Fraktionssitzungen zur Vorbereitung der Gremienarbeit können auch als Telefon- bzw. Videokonferenzen und als Online-Sitzungen durchgeführt werden. Für diese kann Sitzungsgeld gezahlt werden, wenn eine solche Online-Fraktionssitzung im



1.0 Hauptsatzung

Seite 7

gleichen Rahmen stattfindet wie eine gewöhnliche Fraktionssitzung. Hiervon ist auszugehen, wenn nachweislich eine Sitzung vorliegt, zu der im Vorfeld eingeladen wurde, an der die üblichen Personen teilnehmen und zur der im Vorfeld ein Beratungsgegenstand oder eine Tagesordnung festgelegt wurde. Die Teilnehmer einer Online-Fraktionssitzung sind zudem zu Beginn der Sitzung ordnungsgemäß vom Vorsitzenden oder der Geschäftsführung durch Aufruf festzustellen und schriftlich festzuhalten. Spontane Kontakte zwischen einzelnen Fraktionsmitgliedern per Telefon- oder Videoanruf sind nicht als Sitzung zu bewerten, so dass hierfür kein Sitzungsgeld gewährt werden kann.

- (10) Gremienmitglieder im Sinne des § 113 Abs. 1 GO NRW haben Anspruch auf Erstattung von Kosten für Fortbildungsmaßnahmen, die dem Erwerb der erforderlichen Sachkunde oder der Wahrnehmung ihrer Gremienaufgaben dienlich sind. Dies gilt nur, wenn die Gemeinde Schermbeck der Kostenübernahme vorab zustimmt.

- (11) Anwendung des Landesreisekostengesetzes

Für die Erstattung von Fahrkosten für Ratsmitglieder, sachkundige Bürger und sachkundige Einwohner (§§ 2 und 5 Abs. 1 und 4 EntschVO NRW) ist das Landesreisekostengesetz vom 01. Dezember 2021 (GV. NRW. S. 1367) in der jeweils geltenden Fassung anzuwenden.

§ 10 Verdienstaufall / Haushaltsführungsentschädigung

Rats- und Ausschussmitglieder haben Anspruch auf Ersatz des Verdienstaufalls, der ihnen durch die Mandatsausübung entsteht. Teilnehmer aus Beiräten haben keinen Anspruch auf Ersatz des Verdienstaufalls. Der Anspruch besteht auch für maximal 8 Arbeitstage je Wahlperiode im Falle der Teilnahme an kommunalpolitischen Bildungsveranstaltungen, die der Mandatsausübung förderlich sind.

Der Verdienstaufall wird für jede Stunde der versäumten regelmäßigen Arbeitszeit berechnet, wobei die letzte angefangene Stunde voll zu rechnen ist. Der Anspruch wird wie folgt abgegolten:

- (1) Der durch die Mandatsausübung entgangene Arbeitsverdienst aus selbständiger und unselbständiger Arbeit wird mindestens in Höhe eines Regelstundensatzes ersetzt. Anspruch auf Verdienstaufall ist ausgeschlossen, wenn ersichtlich keine finanziellen Nachteile vorliegen. Der Regelstundensatz entspricht der Höhe des Mindestlohns nach dem Mindestlohngesetz vom 11. August 2014 (BGBl. I S. 1348) in der jeweils geltenden Fassung.
- (2) Auf Antrag kann dem betroffenen Mandatsträger ein höherer Verdienstaufall für Unselbständige in der nachgewiesenen Höhe gesondert ersetzt werden. Erstattet wird auch der auf den entgangenen Arbeitsverdienst entfallende Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung, soweit dieser zu Lasten der oder des Entschädigungsberechtigten an den Sozialversicherungsträger abgeführt wird.



1.0 Hauptsatzung

Seite 8

- (3) Auf Antrag erhalten Selbständige anstelle des Regelstundensatzes eine Verdienstauffallpauschale je Stunde, deren Höhe im Einzelfall auf der Grundlage des glaubhaft gemachten Einkommens nach billigem Ermessen festgesetzt wird.

Entsprechende Nachweise

- -Abgabe einer Erklärung des Mandatsträgers
- -Versicherung der Richtigkeit

sind einzureichen. Das Verfahren über den Ersatz des Verdienstauffalls für beruflich Selbständige im Falle einer ehrenamtlichen Angehörigkeit bei der Feuerwehr wird bei der Berechnung analog angewendet.

- (4) Die Verdienstauffallentschädigung nach den Nr. 1-3 wird auf einen Höchstbetrag von 84,00 € je Stunde gedeckelt.
- (5) Haushaltsführende Mandatsträger, die nicht oder weniger als 20 Wochenstunden (sog. Mini-Jobber) erwerbstätig sind, erhalten in einem Haushalt

- mit mindestens zwei Personen, von denen mindestens eine Person ein pflege- oder betreuungsbedürftiger Angehöriger ist oder
- mit mindestens drei Personen

während der Mandatsausübung auf Antrag eine Haushaltsführungsentschädigung in Form eines pauschalen Regelstundensatzes. Der **Stundenpauschalsatz** entspricht der Höhe des Mindestlohns nach dem Mindestlohngesetz vom 11. August 2014 (BGBl. I S. 1348) in der jeweils geltenden Fassung.

- (6) Die nachgewiesenen Aufwendungen für die entgeltliche Betreuung von pflege- oder betreuungsbedürftigen Angehörigen während der Ausübung des Mandats, werden auf Antrag erstattet.

Pflegebedürftigkeit umfasst insbesondere solche Personen, die als pflegebedürftig nach § 14 SGB XI anerkannt sind. Betreuungsbedürftige Personen sind insbesondere Minderjährige unter 14 Jahren.

- (7) Voraussetzung für die Geltendmachung der Ansprüche nach den Nr. 1-3 sowie Nr. 5 und 6 ist, dass die Mandatsausübung während der Arbeitszeit erforderlich ist und dies im Rahmen der jeweiligen Antragsstellung glaubhaft gemacht wird. Die regelmäßige Arbeitszeit ist individuell zu begründen. In der Regel ist diese auf Werktag im Zeitraum jeweils von 08.00 Uhr bis 18.00 Uhr begrenzt und beinhaltet nicht den Sonntag.

§ 11 Entzug der Aufwandsentschädigung

Übt das Ratsmitglied das kommunale Ehrenamt ununterbrochen länger als 3 Monate nicht aus, wird für die über 3 Monate hinausgehende Zeit keine Aufwandsentschädigung gewährt. Hat sie oder er den Grund für die Nichtausübung selbst zu vertreten, entfällt der Anspruch auf Zahlung von Aufwandsentschädigung, sobald das kommunale Ehrenamt nicht mehr ausgeübt wird.



1.0 Hauptsatzung

Seite 9

§ 12 Genehmigung von Rechtsgeschäften

- (1) Verträge der Gemeinde mit Mitgliedern des Rates oder der Ausschüsse, dem Bürgermeister und den leitenden Dienstkräften der Gemeinde bedürfen der Genehmigung des Rates.
- (2) Keiner Genehmigung bedürfen:
 - a) Verträge, die auf der Grundlage feststehender Tarife abgeschlossen werden,
 - b) Verträge, denen der zuständige Ausschuss auf der Grundlage einer von der Gemeinde vorgenommenen Ausschreibung zugestimmt hat,
 - c) Verträge, deren Abschluss ein Geschäft der laufenden Verwaltung (§ 41 Abs. 3 GO) darstellt.
- (3) Leitende Dienstkräfte i.S. dieser Vorschrift sind der Bürgermeister, sein allgemeiner Vertreter sowie die gem. § 68 Abs. 3 Satz 1 GO mit der auftragsweisen Erledigung bestimmter Angelegenheiten betrauten Beamten und Angestellten.

§ 13 Bürgermeister

- (1) Geschäfte der laufenden Verwaltung gelten im Namen des Rates als auf den Bürgermeister übertragen, soweit nicht der Rat sich oder einem Ausschuss für einen bestimmten Kreis von Geschäften oder für einen Einzelfall die Entscheidung vorbehält. Nähere Einzelheiten sind in der Zuständigkeitsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Gemeinde Schermbeck festgelegt.
- (2) Im Übrigen hat der Bürgermeister nach pflichtgemäßem Ermessen darüber zu entscheiden, welche Angelegenheiten als Geschäfte der laufenden Verwaltung anzusehen sind.
- (3) Der Rat wählt aus seiner Mitte ohne Aussprache 2 ehrenamtliche Stellvertreter des Bürgermeisters

§ 14 Öffentliche Bekanntmachungen

- (1) Öffentliche Bekanntmachungen der Gemeinde, die durch Rechtsvorschrift vorgeschrieben sind, werden vollzogen im "Amtlichen Bekanntmachungsblatt" - Amtsblatt - der Gemeinde Schermbeck.

Das Amtsblatt erscheint bei Bedarf.

- (2) Zeit, Ort und Tagesordnung der Ratssitzungen werden durch Aushang im Bekanntmachungskasten am Rathaus öffentlich bekanntgemacht.

Bei der Bestimmung der Dauer des Aushangs sind die in der Geschäftsordnung festgelegten Ladungsfristen zu beachten. Auf den einzelnen Bekanntmachungen sind der Zeitpunkt des Aushangs und der Zeitpunkt der Abnahme zu bescheinigen. Die Abnahme darf frühestens am Tage nach der Ratssitzung erfolgen.



1.0 Hauptsatzung

Seite 10

- (3) Ist eine öffentliche Bekanntmachung in der durch Abs. 1 festgelegten Form infolge höherer Gewalt oder sonstiger unabwendbarer Ereignisse nicht möglich, so erfolgt die Bekanntmachung ersatzweise durch Aushang im Bekanntmachungskasten am Rathaus.

Ist der Hinderungsgrund entfallen, wird die öffentliche Bekanntmachung nach Abs. 1 unverzüglich nachgeholt.

§ 15 Zuständigkeit für dienstrechtliche Entscheidungen

- (1) Die dienstrechtlichen und arbeitsrechtlichen Entscheidungen für die Bediensteten der Gemeinde trifft der Bürgermeister, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist (§ 73 Abs. 3 GO NW).
- (2) Für Bedienstete in Führungsfunktionen trifft der Haupt- und Finanzausschuss im Einvernehmen mit dem Bürgermeister die dienstrechtlichen und arbeitsrechtlichen Entscheidungen, die deren beamtenrechtliches Grundverhältnis (Ernennung, Entlassung, Zuruhesetzung) oder Arbeitsverhältnis (Abschluss, Änderung, Kündigung, Aufhebung) zur Gemeinde verändern. Ausgenommen hiervon sind Beförderungen / Höher-gruppierungen, über die der Bürgermeister entscheidet. Bedienstete in Führungsfunktionen sind Leiter von Organisationseinheiten, die dem Hauptverwaltungsbeamten oder einem anderen Wahlbeamten oder diesem in der Führungsfunktion vergleichbaren Bediensteten unmittelbar unterstehen (Ausnahme: Bedienstete mit Aufgaben eines persönlichen Referenten oder Pressereferenten). Kommt ein Einvernehmen nicht zu Stande, kann der Rat die Entscheidung mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der gesetzlichen Zahl der Ratsmitglieder treffen. Kommt diese Mehrheit nicht zu Stande, bleibt es bei der Personalkompetenz des Bürgermeisters gemäß Absatz 1.
- (3) Die Befugnis, im Vorverfahren zu Klagen aus dem Beamtenverhältnis über den Widerspruch zu entscheiden, wird auf den Bürgermeister übertragen, soweit der Bürgermeister den angefochtenen Verwaltungsakt erlassen hat (§ 126 Abs. 3 Nr. 2 BRRG, § 179 a LBG NW)

§ 16 Geschlechtsneutrale Formulierungen

Alle nicht geschlechtsneutralen Formulierungen in dieser Hauptsatzung gelten sowohl in weiblicher als auch in männlicher Form.

§ 17 Inkrafttreten

Diese Hauptsatzung tritt am 01.01.2024 in Kraft.

-Siegelabdruck-



1.0 Hauptsatzung

Seite 11

Bezeichnung	Bekanntmachung	Inkrafttreten
Satzung vom 13.12.2023 zur 4. Änderung der Hauptsatzung der Gemeinde Schermbeck vom 01.09.2014	Amtsblatt 13/49 vom	01.01.2024
Satzung vom 23.03.2023 zur 3. Änderung der Hauptsatzung der Gemeinde Schermbeck vom 01.09.2014	Amtsblatt 2/49 vom 27.03.2023, Seite 37	28.03.2023
Satzung vom 11.04.2017 zur 2. Änderung der Hauptsatzung der Gemeinde Schermbeck vom 01.09.2014	Amtsblatt 4/43 vom 13.04.2017, Seite 43	14.04.2017
Satzung vom 13.07.2016 zur 1. Änderung der Hauptsatzung der Gemeinde Schermbeck vom 01.09.2014	Amtsblatt 9/42 vom 13.07.2016, Seite 127	14.07.2016
Hauptsatzung der Gemeinde Schermbeck vom 01.09.2014	Amtsblatt 9/40 vom 11.09.2014, Seite 103	12.09.2014